

## Programm für einen besseren Schutz der Privatsphäre, Fortschrittsbericht vom 14. August 2013

Auf der Grundlage des von Frau Bundeskanzlerin am 19. Juli 2013 vorgestellten Acht-Punkte-Programms wird die Bundesregierung den Schutz der Privatsphäre weiter vorantreiben. Die einzelnen Bestandteile des Programms werden wie folgt fortgeschrieben:

### 1) Aufhebung von Verwaltungsvereinbarungen

*Die Verwaltungsvereinbarungen aus den Jahren 1968/1969 zum Artikel-10 Gesetz zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien sowie Frankreich hatten das Prozedere für den Fall geregelt, dass entsprechende ausländische Behörden im Interesse der Sicherheit ihrer in Deutschland stationierten Streitkräfte einen Eingriff in Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis via Ersuchen an das Bundesamt für Verfassungsschutz oder den Bundesnachrichtendienst für erforderlich hielten.*

Die Initiative von BM Dr. Friedrich bei seiner US-Reise am 12. Juli 2013 ist bereits erfolgreich abgeschlossen. Die aus den Ministergesprächen resultierende Dynamik hat außergewöhnlich schnell zum Ziel geführt und zwar auch bei den entsprechenden Vereinbarungen mit Großbritannien und Frankreich. Die Verwaltungsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien wurden am 2. August 2013, die Verwaltungsvereinbarung mit Frankreich am 6. August 2013 im gegenseitigen Einvernehmen durch Notenaustausch im Auswärtigen Amt aufgehoben.

Im Nachgang soll nun auch noch die Verschlussacheneinstufung der aufgehobenen Abkommen entfallen. Das ursprünglich ebenfalls ‚VS-Vertraulich‘ eingestufte Abkommen mit Großbritannien wurde bereits im Jahre 2012 deklassifiziert. Mit Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika führt das Auswärtige Amt aktuell die technischen Gespräche zur Deklassifizierung.

### 2) Gespräche mit den USA auf Expertenebene

*Die Gespräche auf Expertenebene mit den USA über eventuelle Abschöpfungen von Daten in Deutschland werden fortgesetzt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat eine Arbeitseinheit "NSA-Überwachung" eingesetzt. Über deren Ergebnisse wird das BfV dem Parlamentarischen Kontrollgremium berichten.*

- 2 -

*Die Bundesregierung wirkt weiterhin auf die Beantwortung des an die USA übersandten Fragenkatalogs hin.*

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach den ersten Medienveröffentlichungen zu Überwachungsprogrammen der USA mit der Aufklärung des Sachverhalts begonnen. Von Anfang an wurde hierzu eine Vielzahl von Kanälen genutzt.

Zunächst wurde der US-Botschaft in Berlin am 11. Juni 2013 ein Fragebogen übersandt. Bundeskanzlerin Dr. Merkel hat das Thema ausführlich und intensiv mit Präsident Obama erörtert, dabei ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht und um weitere Aufklärung gebeten, Außenminister Dr. Westerwelle hat sich in diesem Sinne gegenüber seinem Amtskollegen Kerry geäußert, Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat ihren Amtskollegen Eric Holder um Unterstützung gebeten und Bundesminister Dr. Friedrich hat sich im Rahmen mehrerer Gespräche, darunter mit Vizepräsident Biden um Aufklärung bemüht. Daneben fanden Gespräche auf Expertenebene statt.

Die dargestellten Gespräche konnten einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung des Sachverhalts leisten. So legte die US-Seite zwischenzeitlich dar, dass entgegen der Mediendarstellung zu PRISM und weiteren Programmen nicht massenhaft und anlasslos Kommunikation über das Internet aufgezeichnet werde, sondern lediglich eine gezielte Sammlung der Kommunikation Verdächtiger in den Bereichen Terrorismus, organisierte Kriminalität, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit der USA erfolge.

Im Ergebnis der Gespräche von Bundesminister Dr. Friedrich in Washington am 12. Juli 2013 haben die USA einen umfangreichen Deklassifizierungsprozess eingeleitet, um Teile des dortigen Überwachungsprogramms auch öffentlich darlegen zu können. Der Dialog auf Expertenebene wird fortgesetzt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat eine „Sonderauswertung Technische Aufklärung durch US-amerikanische, britische und französische Nachrichtendienste mit Bezug zu Deutschland“ (SAW TAD) eingerichtet. Dies ist eine abteilungsübergreifende, interdisziplinäre Arbeitsstruktur, um fachliche Kompetenzen zu bündeln und damit die aufgeworfenen Fragen zielführend aufzuklären. Damit befasst sind knapp 30 Mitarbeiter. Die strategische Steuerung dieser Auswertung erfolgt durch eine Projektgruppe unter Leitung des Vizepräsidenten. Die in Pressemeldungen angestellten Mutmaßungen über weitreichende Überwachungsmaßnahmen der NSA in Deutschland haben sich in den bisherigen Auswertungen auch nicht ansatzweise bestätigt.

- 3 -

Die Bundesregierung hat über die bisherigen Erkenntnisse in den Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums am 12. und 26. Juni sowie am 3., 16. und 25. Juli 2013 unterrichtet und wird das Gremium weiterhin unterrichten. Ebenso wurde der Innenausschuss im Rahmen seiner regulären und einer Sondersitzung informiert.

### 3) VN-Vereinbarung zum Datenschutz

*Die Bundesregierung setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, ein Fakultativprotokoll zu Artikel 17 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966 zu verhandeln. Artikel 17 besagt unter anderem, dass niemand willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben und seinen Schriftverkehr ausgesetzt werden darf. Das Fakultativprotokoll soll den Schutz der digitalen Privatsphäre zum Gegenstand haben..*

BMIn Leutheusser-Schnarrenberger und BM Dr. Westerwelle richteten am 19. Juli 2013 ein Schreiben an ihre Amtskollegen in den EU-Mitgliedstaaten, in dem sie die Initiative vorstellten und um Unterstützung warben. BM Dr. Westerwelle stellte die Initiative zudem am 22. Juli 2013 im Rat für Außenbeziehungen und am 26. Juli 2013 beim Vierertreffen der deutschsprachigen Außenminister vor. Derzeit laufen vielfältige Abstimmungen, insbesondere mit EU-Partnern, wie die Initiative im VN-Kreis weiter vorangebracht werden kann. Es ist geplant, dass BM Dr. Westerwelle die Initiative im 24. VN-Menschenrechtsrat (8.-29.9.2013) und in seiner Rede vor der 68. VN-Generalversammlung (voraussichtlich am 30. September 2013) vorstellt.

### 4) Datenschutzgrundverordnung

*Auf europäischer Ebene treibt Deutschland die Arbeiten an der Datenschutzgrundverordnung entschieden voran. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass in die Verordnung eine Auskunftspflicht der Firmen für den Fall aufgenommen wird, dass Daten an Drittstaaten weitergegeben werden. Hierzu gibt es auch eine deutsch-französische Initiative.*

Die Bundesregierung hat am 31. Juli 2013 einen Vorschlag für eine Regelung zur Datenweitergabe in Form einer Melde- und Genehmigungspflicht von Unternehmen, die Daten an Behörden in Drittstaaten übermitteln, nach Brüssel übersandt. Danach sollen Datenübermittlungen an Drittstaaten entweder den strengen Verfahren der Rechts- und Amtshilfe (dies immer im Bereich des Strafrechtes) unterliegen oder den Datenschutzaufsichtsbehörden gemeldet und von diesen vorab genehmigt werden. In einem nächsten Schritt soll der bereits gemeinsam mit Frankreich beim informellen Rat für Justiz und Inneres am 19. Juli 2013 von BM Dr. Friedrich geäußerte Wunsch nach einer unverzüglichen Evaluierung des Safe-Harbor-Modells bekräftigt werden. Die Bundesregierung will in der Datenschutzgrundverordnung einen rechtlichen

- 4 -

Rahmen für Garantien schaffen, der höhere Standards für Zertifizierungsmodelle in Drittstaaten setzt, wie es etwa „Safe-Harbour“ darstellt. In diesem rechtlichen Rahmen soll festgelegt werden, dass von Unternehmen, die sich solchen Modellen anschließen, geeignete Garantien zum Schutz personenbezogener Daten als Mindeststandards übernommen werden, und dass diese Garantien wirksam kontrolliert werden.

BM Dr. Friedrich setzt sich zudem dafür ein, dass die Regelungen zur Drittstaatenübermittlung einschließlich unserer Vorschläge noch im September 2013 in Sondersitzungen der Experten behandelt werden, so dass bereits im Oktober auf Ministerebene die entsprechenden politischen Weichen gestellt werden können.

### **5) Standards für Nachrichtendienste in der EU**

*Die Bundesregierung wirkt darauf hin, dass die Auslandsnachrichtendienste der EU-Mitgliedstaaten gemeinsame Standards ihrer Zusammenarbeit erarbeiten.*

Der Bundesnachrichtendienst erarbeitet einen entsprechenden Vorschlag zum Verfahren und hat inzwischen Vertreter der EU-Partnerdienste zu einer ersten Besprechung eingeladen.

### **6) Europäische IT-Strategie**

*Die Bundesregierung setzt sich zusammen mit der EU-Kommission für eine ambitionierte IT-Strategie auf europäischer Ebene ein. Dieser Strategie muss eine Analyse der heute fehlenden Systemfähigkeiten in Europa zugrunde liegen. Ziel ist die Stärkung europäischer Firmen zur Entwicklung innovativer Lösungen – auch für eine sichere Nutzung des Internets –, um dem deutschen und europäischen Wirtschaftsstandort einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Europa braucht erfolgreiche Anbieter von internetgestützten Geschäftsmodellen.*

Die aktuelle Diskussion zeigt, dass wir in Europa und Deutschland in den IKT-Schlüsseltechnologien noch Nachholbedarf haben. Dies gilt bei der Hard- und Software, insbesondere im Bereich der Internettechnologien. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie ist hierzu in intensiven Gesprächen mit der Wirtschaft und Forschungsinstituten, um eine unvoreingenommene Analyse der Stärken und Schwächen des IT-Standes Deutschland/Europa durchzuführen und strategische Handlungsfelder für eine zukunftsfähige nationale und europäische IKT-Strategie zu identifizieren. Dazu gehört insbesondere auch eine Ermunterung junger Gründer, ihre Ideen in Unternehmungen umzusetzen. Hierzu wird der beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eingerichtete Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ Ende August konkrete Handlungsempfehlungen vorlegen, wie Entrepreneurship und IT-Gründungen in der digitalen Wirtschaft unterstützt werden können.

– 5 –

Die Bundesregierung wird Eckpunkte für eine ambitionierte IKT-Strategie erarbeiten und diese in die Diskussion auf europäischer Ebene einbringen. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie hat dazu bereits Kontakt mit der zuständigen EU-Kommissarin aufgenommen, um Themen zu konkretisieren und entsprechende Beratungen kurzfristig auf Expertenebene vorzubereiten. Neben Lösungen für eine sichere Datenkommunikation – etwa für ein sicheres Cloud Computing – gehören dazu auch Möglichkeiten für eine bessere Kooperation der jungen digitalen Wirtschaft mit der etablierten Industrie. Die Arbeiten an einer gemeinsamen europäischen IKT-Strategie werden durch die Arbeitsgruppen des nationalen IT-Gipfels unterstützt. Erste Ergebnisse werden auf dem nationalen IT-Gipfel am 10. Dezember 2013 vorgestellt.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die Bündelung von Maßnahmen zur Verbesserung der Cyber-Sicherheit in der Europäischen Union und fordert eine wirksame Umsetzung der von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst vorgelegten Cyber-Sicherheitsstrategie. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Erhalt industrieller und technischer Ressourcen für die Cyber-Sicherheit in Europa, zur Förderung des Binnenmarkts für IT-Sicherheitsprodukte und zur Förderung von Forschung und Entwicklung auch im Bereich der IT-Sicherheit zielen darauf ab, eine wettbewerbsfähige und vertrauenswürdige IT-Sicherheitsindustrie zu stärken und entsprechendes Know-How in Europa voranzutreiben.

## **7) Runder Tisch "Sicherheitstechnik im IT-Bereich"**

*Auf nationaler Ebene wird ein Runder Tisch "Sicherheitstechnik im IT-Bereich" eingesetzt, dem die Politik, Forschungseinrichtungen und Unternehmen angehören. Die Politik wird dabei unterstützt durch die Expertise des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik.*

*Ein Ziel wird es dabei sein, besonders für Unternehmen, die Sicherheitstechnik erstellen, bessere Rahmenbedingungen in Deutschland zu finden.*

Deutschland ist aktuell in Teilbereichen der IKT, wie z.B. der Netzinfrastruktur, technologisch von ausländischen Unternehmen abhängig. Asiatische Unternehmen drängen mit vielfältigen Produkten in den deutschen Markt. Der Runde Tisch wird Vertreter aus Politik, Verbänden, Ländern, Wissenschaft, IT- und Anwenderunternehmen zusammenbringen, um Fragen wie z.B. die Förderung von IT-Sicherheitsmaßnahmen zur indirekten Stärkung des Marktes, die Nachfragesteuerung und Nachfragebündelung des Staates zur Förderung innovativer IT-Sicherheitsprodukte und verstärkte Anstrengungen im Bereich der IT-Sicherheitsforschung zu erörtern. Zu denken ist in diesem Zusammenhang auch an

- 6 -

ein erneutes IT-Investitionsprogramm, das eine Ertüchtigung des Sicherheitsniveaus im Hinblick auf die Mobilkommunikation der Bundesregierung zum Ziel hat. Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen erscheint es überlegenswert, auf EU-Ebene einen politischen Vorstoß hin zu mehr nationalen Freiheiten bei der Vergabe von IKT-Aufträgen zu machen. So könnte angeregt werden, dass Beschaffungen im IKT-Bereich gänzlich von der Anwendung des EU-Vergaberechts freigestellt werden oder zumindest größeren Verfahrenserleichterungen unterliegen. Allerdings verfolgt das aktuelle EU-Recht einen gegenteiligen Ansatz und nimmt die Beschaffung sicherheitsrelevanter Produkte und Dienstleistungen nur unter engen Voraussetzungen gänzlich von der Anwendung des EU-Vergaberechts aus, nämlich nur dann, wenn der „Schutz der wesentlichen Sicherheitsinteressen eines Mitgliedsstaates“ dies gebietet (s. Art 346AUEV). Für andere sicherheitsrelevante Aufträge wurde eigens eine gesonderte Richtlinie geschaffen (RICHTLINIE 2009/81/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit), wonach die Mitgliedsstaaten diese Vergaben im europaweiten Wettbewerb durchführen müssen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik wird für Anfang September 2013 zu einer Auftaktsitzung des Runden Tisches einladen, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse des Runden Tisches der Politik Impulse für die kommende Wahlperiode liefern. Die Ergebnisse werden im Nationalen Cyber-Sicherheitsrat beraten und von BM Dr. Friedrich in den Nationalen IT-Gipfelprozess der Bundesregierung eingebracht werden.

### 8) „Deutschland sicher im Netz“

*Der Verein „Deutschland sicher im Netz“ wird seine Aufklärungsarbeit verstärken, um Bürgerinnen und Bürger wie auch Betriebe und Unternehmen in allen Fragen ihres Datenschutzes zu unterstützen.*

Der Verein „Deutschland sicher im Netz e.V.“ (DsiN e.V.) wurde im Rahmen des Nationalen IT-Gipfelprozesses der Bundesregierung im Jahr 2006 gegründet und steht seit 2007 unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern. Die Bundesregierung wird DsiN dabei unterstützen, die zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien und Awarenesskampagnen im Rahmen sogenannter Handlungsversprechen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Hierfür wurden in einem ersten Schritt die DsiN-Mitglieder und die Beiratsmitglieder gebeten, neue Handlungsversprechen zu initiieren.

Die Bundesregierung wird ihre Zusammenarbeit mit DsiN verstärken. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird mit seinem

- 7 -

Informationsangebot „www.bsi-fuer-buerger.de“ die bereits etablierte Kooperation mit DsiN ausbauen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und die von ihm geleitete Task Force „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ sensibilisiert vor allem kleine und mittlere Unternehmen beim Thema IT-Sicherheit.

### **weitere Prüfpunkte**

*Darüber hinaus wird die Bundesregierung zum besseren Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger prüfen, ob rechtliche Anpassungen im Bereich des Telekommunikations- und IT-Sicherheitsrechts erforderlich sind und wie für eine vertrauliche und sichere Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen ein stärkerer Einsatz von sicherer IKT-Technik erreicht werden kann.*

Das Telekommunikationsgesetz (TKG) erlaubt keinen Zugriff ausländischer Sicherheitsbehörden auf in Deutschland erhobene TK-Daten. Sollten diese Daten aus Deutschland benötigen, müssen sie sich dafür im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens an deutsche Behörden wenden, die dann nach entsprechender Prüfung Anordnungen an die Netzbetreiber richten. Eine direkte Herausgabe in Deutschland erhobener Daten an ausländische Geheimdienste ist zudem gemäß § 149 TKG bußgeldbewährt und kann nach § 206 StGB strafrechtlich geahndet werden.

Es wird jedoch geprüft, ob darüber hinausgehend eine Verstärkung des Datenschutzes und der IT-Sicherheit bei TK-Unternehmen erforderlich ist. Zu diesem Zweck wird das Bundesministerium für Wirtschaft die einschlägigen Vorschriften des TKG durchleuchten. Darüber hinaus wird die Bundesnetzagentur prüfen, ob es Anlass gibt, den von ihr, gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, erstellten Katalog von Sicherheitsanforderungen anzupassen. Sie wird sich dabei mit den genannten Behörden abstimmen.